

**Kleine Anfrage**

**Marcus Bocklet (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), Vanessa Gronemann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN),  
Lara Klaes (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

**Unterstützt Hessen noch das Programm „Gewalt-Sehen-Helfen“?****Vorbemerkung der Fragestellerinnen und des Fragestellers**

Das Zivilcourage-Programm „Gewalt-Sehen-Helfen“ wurde 1997 durch den Präventionsrat der Stadt Frankfurt a. M. ins Leben gerufen. Im Jahr 2005 übernahm das Hessische Ministerium des Innern, für Sicherheit und Heimatschutz (HMdI) die Nutzungsrechte, um das Programm hessenweit zu implementieren. Seit nunmehr 30 Jahren wird das Programm erfolgreich genutzt: Mittlerweile bieten mehr als 20 hessische Städte und Landkreise „Gewalt-Sehen-Helfen“ an. Teil des Programms ist die Aus- und Fortbildung von kommunalen Multiplikatorinnen und Multiplikatoren. Hiermit wurde das HMdI betraut; dort sichert das Netzwerk gegen Gewalt die Qualität des Programms.

Seit über zwei Jahren findet die Ausbildung von Multiplikatorinnen und Multiplikatoren durch das Netzwerk gegen Gewalt jedoch nicht mehr statt. Auch Weiterbildungen im Rahmen der Netzwerktreffen werden nicht mehr angeboten, obwohl weiterhin Interesse an der Ausbildung besteht. Ohne kontinuierliche Qualifizierung kann das Programm in den Kommunen seine Wirkung nicht entfalten und bestehende Strukturen drohen verloren zu gehen.

**Wir fragen die Landesregierung:**

1. Aus welchen Gründen findet die Aus- und Fortbildung von Multiplikatorinnen und Multiplikatoren im Programm „Gewalt-Sehen-Helfen“ seit über zwei Jahren nicht mehr statt?
2. Plant die Landesregierung, die Aus- und Fortbildung wieder aufzunehmen?
3. Falls ja, bis wann?
4. Wie stellt die Landesregierung die Fortführung und Qualitätssicherung des Programms auf Grundlage des Nutzungsvertrages sicher?
5. Welche personellen und finanziellen Mittel stehen dafür zur Verfügung?
6. Welchen Stellenwert misst die Landesregierung der Prävention und insbesondere dem Programm „Gewalt-Sehen-Helfen“ für die Zivilcourage und die Sicherheit in Hessen bei?
7. Wie will die Landesregierung diesen Stellenwert künftig sichtbar machen, etwa durch die Verankerung des Programms in ihrer Präventionsstrategie, eine verlässliche Ausstattung und die öffentliche Würdigung des Programms und der ehrenamtlich Engagierten?

**Wiesbaden, 22. September 2026**

**Marcus Bocklet**

**Vanessa Gronemann**

**Lara Klaes**